

17. Bezirk – Hernals

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen
im ersten Halbjahr 2025

Kein Platz für Rassismus und Antisemitismus in Hernals

Berichterstatter: BR Yousef Hasan

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26.02.2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

"Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Wissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen." (Art 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, 1948).

Am 21.3. begehen wir jedes Jahr den internationalen Tag gegen Rassismus. Dieser Tag fordert uns alle auf, unser eigenes Verhalten, unser Denken und Handeln zu hinterfragen, denn oft handeln wir im Alltag rassistisch, ohne uns dessen bewusst zu sein. Hernals soll ein guter Ort zum Leben sein, frei von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus. Die Hernalser Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass wir einander in gegenseitiger Achtung und Respekt begegnen. Hernals soll ein Ort der Begegnung sein und die Hernalser Bezirksvertretung wird sich daher weiterhin in ihren kulturellen und sozialen Initiativen dafür einsetzen, dass diesem Ziel nahegekommen wird.

Begründung:

Die Erhebungen der Europäischen Grundrechteagentur (Fundamental Rights Agency, FRA) in den letzten Jahren haben vor allem für Österreich besorgniserregende Zahlen im Zusammenhang mit dem Erleben von Rassismus im Alltag ergeben

(<https://fra.europa.eu/de/news/2023/schwarze-der-eu-sind-immer-groesserem-rassismus-ausgesetzt>; <https://fra.europa.eu/de/news/2024/muslime-europa-zunehmend-opfer-von-rassismus-und-diskriminierung>).

Es gibt viele unterschiedliche Formen von Rassismus. Er drückt sich in unterschiedlichsten Verhaltensweisen aus, zum Beispiel wenn Schwarzen Menschen in die Haare gegriffen wird. Die Frage: "Woher kommst du wirklich?" drückt dabei gut aus, was oft dahinterliegt. Menschen werden als anders, nicht-zugehörig bzw. fremd wahrgenommen und bezeichnet. Wir machen Zuschreibungen auf Grund von Aussehen, Sprache, Namen oder Kleidung.

Dazu kommt, dass Betroffenen von Rassismus ihre Erfahrung oft abgesprochen wird. Sie werden als aggressiv oder laut wahrgenommen, ihr Erleben wird verharmlost. Laufende Mikroaggressionen führen dazu, dass Betroffene von Rassismus sich ohnmächtig fühlen, resignieren und sich zurückziehen.

Die Republik Österreich hat sich mit ihrer Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, mit der Erhebung der Europäischen Erklärung der Menschenrechte (EMRK) in Verfassungsrang und als Mitglied der Europäischen Union (EU, Charta der Grundrechte) dazu verpflichtet, Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus zu bekämpfen und allen Menschen ein Leben in Würde und Gleichberechtigung zu ermöglichen. Als Hernalser Bezirksvertretung wollen wir diese Grundwerte unserer Demokratie in Erinnerung rufen. Sie einzuhalten ermöglicht uns ein Zusammenleben in Freiheit und Frieden.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Klimafreundliche Mobilität fördern

Berichterstatterin: Cornelia Amon-Konrath

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernals bekennt sich zur Förderung aktiver, nachhaltiger Mobilitätsformen im Sinne des Stadtentwicklungsplans STEP 2025 und der Wiener Mobilitätsstrategie. Der Ausbau einer durchgängigen Ost-West Radverbindung ist ein zentraler Baustein für ein lebenswertes, klimafreundliches und verkehrssicheres Hernals.

Begründung:

Der 17. Bezirk ist geprägt von einer vielfältigen Bevölkerungsstruktur und einem wachsenden Mobilitätsbedürfnis. Im Rahmen stadtweiter Ziele – etwa im Stadtentwicklungsplan STEP 2025 oder der Wiener Mobilitätsstrategie – wird der Förderung aktiver Mobilitätsformen wie dem Radverkehr besondere Bedeutung beigemessen. Dabei nimmt die Frage nach sinnvollen, durchgängigen Radverbindungen zunehmend an Relevanz zu.

Eine durchgängige Radverbindung in Ost-West-Richtung, die vorhandene Strukturen ergänzt und bestehende Bezirksgrenzen berücksichtigt, wird in diesem Zusammenhang vielfach als ein möglicher Beitrag zur Verbesserung der Alltagsmobilität gesehen. Sie könnte Perspektiven für eine sichere, barrierearme und klimafreundliche Fortbewegung im Sinne des

Umweltverbunds eröffnen. Aus Sicht der lokalen Raumplanung erscheint es daher sinnvoll, sich mit der langfristigen Entwicklung solcher Verbindungen zu befassen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass infrastrukturelle Vorhaben stets im Kontext der verfügbaren Ressourcen sind. Angesichts der angespannten budgetären Rahmenbedingungen ist eine schrittweise und abgestimmte Herangehensweise besonders bedeutsam. Die Betrachtung möglicher Ost-West-Verbindungen kann daher als ein Baustein einer vorausschauenden Planung gesehen werden, die auch mittel- und langfristige Entwicklungen im Blick behält, auf die die Bezirksvertretung gemeinsam hinarbeitet.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Naturnaher Fußweg - Mauserlweg

Berichterstatte:r:in: Cornelia Amon-Konrath

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen, insbesondere die *Magistratsabteilung 49*, werden ersucht, die nächsten Schritte für die dauerhafte Öffnung des Mauserlweges als naturnahen Fußweg in die Wege zu leiten.

Begründung:

Auf NEOS Initiative hat die Fortschrittskoalition aus NEOS und SPÖ in Wien durch die Umwidmung des Gebiets kleiner Schafberg (Plandokument 8278) die Voraussetzung für eine kostengünstige Öffnung des Fußweges zwischen Handlirschgasse und Twarochgasse (Mauserlweg) geschaffen. Mit den weiteren Schritten wird nun eine dauerhafte Öffnung sichergestellt, um den seit Jahren geäußerten Wünschen der Hernalser:innen gerecht zu werden.

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

Solidarität mit der Ukraine!

Berichterstatter: BR Philipp Pichler

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26.02.2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernals erklärt ihre Solidarität mit der Ukraine, in ihrer Abwehr des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands.

Begründung:

Seit über 1.000 Tagen verteidigt sich die Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands. Über 1.000 Tage Krieg und Terror gegen die Zivilbevölkerung in der Ukraine, sowie Folter auf besetztem ukrainischem Gebiet. Die Ukrainer:innen kämpfen tapfer und unerschütterlich für ihre Souveränität, ihre Freiheit und auch für die Werte, die uns in Europa verbinden. Menschen in der Ukraine und jene, die nach Hernals geflohen sind, dürfen nicht vergessen werden und müssen in ihrem Freiheitskampf unterstützt werden, bis dieser Krieg zu Ende geht. Diese Resolution soll dafür ein Zeichen sein.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Stadtbild- und Denkmalschutz Hernals

Berichterstatterin: Klubobfrau BR Anita MIKULASEK

Die BezirksrätInnen (Name der Fraktion) stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. Februar 2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernals spricht sich für den Stadtbild- und Denkmalschutz in Hernals aus. Wir würdigen die kulturhistorische Bedeutung von Gebäuden in Hernals und lehnen einen leichtfertigen Umgang mit der gebauten Vergangenheit im Bezirk ab.

Begründung:

Die alte Wiener Architektur ist weltberühmt. In Hernals kam es im 19. Jahrhundert durch die Entwicklung zu einem Gewerbe- und Industriestandort vom Linienwall bis zur heutigen Vorortelinie zu einer dichten Verbauung mit Gründerzeithäusern und in Dornbach und Neuwaldegg entstanden historische Villen. Die bis heute erhaltenen Objekte bestätigen die Erinnerung an die Geschichte von Hernals und ermöglichen das Berühren der Vergangenheit im Bezirk. Indem dieses kulturelle Erbe vor Beschädigung, Zerstörung oder sonstigem Verlust geschützt wird, werden auch das kulturelle Gedächtnis, die wachsende kulturelle Vielfalt und die wirtschaftliche Grundlage des Bezirks Hernals bewahrt. Wenn Traditionsgebäude weichen müssen, geht nicht nur ein Stück Bezirksgeschichte verloren, sondern



oftmals wird ein Ensemble zerstört, indem an Stelle historischer Gebäude Neubauten ohne Bezug in das Hernalser Stadtbild hineingesetzt werden. Im Sinne des Ensembleschutzes sind bauliche Gruppen im Zusammenspiel auch dann erhaltenswert, wenn die einzelnen Gebäude nicht unter Denkmalschutz stehen.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Die Resolution soll auch auf der offiziellen Website des Bezirks Hernalts, www.wien.gv.at/bezirke/hernalts für die Dauer von ca. 30 Kalendertagen veröffentlicht werden.

Für die Fraktion der FPÖ Hernalts

Anita MIKULASEK
Klubvorsitzende

„Terramare-Schlössl“ – Überprüfung der MA 37

Berichterstatte(r)in: BR Ulrike Kreuzberger

Die BezirksrätInnen der FPÖ Hernals stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Juni 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der MA 37 Baupolizei werden ersucht, eine Überprüfung des denkmalgeschützten „Terramare-Schlössls“ in der Heuberggasse 10, 1170 Wien, vorzunehmen, um festzustellen, ob der Eigentümer seinen gesetzmäßigen Erhaltungsverpflichtungen nachkommt, und gegebenenfalls bei Nichterfüllung die notwendigen Schritte einzuleiten.

Begründung:

Das sogenannte „Terramare-Schlössl“, eine unter Denkmalschutz stehende historische Villa, verfällt zusehends. Es liegt der Verdacht nahe, dass der Eigentümer seine Erhaltungspflichten vernachlässigt. 2020 wurde die Behörde bereits aktiv und der Eigentümer, der Bundesstaat Bosnien und Herzegowina, musste einige Sicherungsarbeiten am Giebel auf der Heuberggassenseite vornehmen und sein Vertreter hat sich, unter anderem im Beisein eines Mitarbeiters des Denkmalschutzamtes, bereit erklärt, weitere Sanierungs- bzw. Renovierungsarbeiten vorzunehmen. Seither sind Jahre vergangen und es wurde nichts mehr gemacht. Fehlende Verblechungen müssten angebracht werden, da die Feuchtigkeit weiter ungehindert in die Bausubstanz eindringen kann, da auch einige Fensterflügel ständig

offenstehen. Eine weitere Überprüfung seitens der Behörde und die Einleitung allfälliger notwendiger Schritte wären daher ein Gebot der Stunde.



(Terramare-Schlössl, 9.6.2025)

Für die Fraktion der FPÖ Hernals

Mag. Petra JANACZEK
Klubvorsitzende



Verbesserungen der Regionalbuslinien im Zuge des U5-Baus in Hernals

Berichterstatter: Ing. Wolfgang VELETA

Die Bezirksrät*innen (SPÖ) stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am (26. Februar 2025) gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Der amtsführende Stadtrat KR Peter Hanke für die Geschäftsgruppe - Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke wird ersucht, im Zuge der Fertigstellung der U5 (voraussichtlich 2033) in Hernals, alle Regionalbuslinien des Bezirks (einschließlich der Linie 445) mit Verbesserungen bei der U5-Station Hernals (S45) zu bündeln.

Begründung:

Durch die Inbetriebnahme der U5 (voraussichtlich 2033) soll ein Großteil der Bevölkerung von einem besseren öffentlichen Personennahverkehr profitieren! So ist es auch wichtig, den Bereich Siedlung Waldandacht direkt an die U5 anzuschließen!

Eine zukünftige Intervallverbesserung der Verbundlinie 445 soll eine Besserung für Einpendelnde mit sich bringen!

Für die Fraktion (SPÖ)

Wolfgang Markytan, MA
Klubvorsitzender

Verkehrsspiegel Heuberggasse/Andergasse

Berichterstatter: BR Yousef Hasan

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. Februar 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Magistratsabteilung 28 und Magistratsabteilung 46 werden ersucht, die Begebenheiten beim Kreuzungspunkt Heuberggasse/Andergasse zu prüfen und Maßnahmen einzuleiten, die die Verkehrssicherheit von Fußgänger:innen erhöhen – etwa ein Spiegel, um die unübersichtliche Kreuzungssituation überblicken zu können.

Begründung:

An der Kreuzung Heuberggasse/Andergasse besteht eine erhebliche Gefahrenlage für Fußgänger. Aufgrund eingeschränkter Sicht durch hohe Mauern und Bepflanzung werden Fußgänger oft spät wahrgenommen. Zudem führt die Streckenführung dazu, dass Autofahrer mit unangepasster Geschwindigkeit fahren. Besonders Kinder und ältere Personen sind hier gefährdet, da der Gehweg schmal ist. Mehrere Anrainer:innen sind mit diesen Anliegen an uns herangetreten und erhoffen sich eine Verbesserung.

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

Wir feiern Vielfalt. Wir kämpfen für Rechte.

Berichterstatter: Philipp Pichler

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Im Pride Month bekräftigen die unterzeichnenden Mitglieder der Bezirksvertretung Hernals ihre volle Solidarität mit der LGBTIQ-Community. Wir stehen ein für eine freie, offene und vielfältige Gesellschaft, in der jeder Mensch unabhängig von sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder Lebensweise in Würde und Sicherheit leben kann.

Begründung:

Für uns ist klar: Die Freiheit des Einzelnen ist unteilbar. Dazu gehört auch das Recht, die eigene Identität selbstbestimmt zu leben und zu lieben, wen man liebt – ohne Angst vor Diskriminierung, Ausgrenzung oder Gewalt.

Trotz rechtlicher Fortschritte in vielen Bereichen erleben queere Menschen weiterhin strukturelle Benachteiligung und gesellschaftliche Stigmatisierung. Das nehmen wir nicht hin. Der Kampf gegen Hass und Homophobie bleibt ein zentrales Anliegen unserer Politik.

Der Pride Month ist mehr als eine Feier – er ist Erinnerung, Mahnung und Aufruf zugleich. Erinnerung an mutige Aktivist:innen, die für ihre Rechte gekämpft haben. Mahnung, dass die

Errungenschaften der Freiheit nicht selbstverständlich sind, wie durch die Politik Viktor Orbans gerade demonstrativ vor Augen geführt. Unter seiner Führung wurde die Versammlungsfreiheit in Ungarn massiv eingeschränkt um die Abhaltung der Pride in Budapest zu verunmöglichén. Und schließlich Aufruf, weiter geschlossen für Gleichberechtigung, Akzeptanz und Respekt einzustehen.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Zusatztafel zum Rot-Abbiegen für Radfahrende

Berichterstatterin: Cornelia Amon-Konrath

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen, insbesondere die MA 46, werden ersucht, an der Ampel bei der Kreuzung Jörgerstraße/Kalvarienberggasse stadtauswärts eine Zusatztafel anzubringen, welche Radfahrenden das Rechtsabbiegen bei Rot gestattet.

Begründung:

Um den Fluss des Radverkehrs und damit die Attraktivität des Radfahrens zu verbessern, soll an der Kreuzung Jörgerstraße/Kalvarienberggasse eine Zusatztafel angebracht werden, die das Rechtsabbiegen erlaubt. Es sind sowohl vor als auch nach dem Rechtsabbiegen Radwege vorhanden, was Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmer:innen hintanhält.

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

30er-Zone Innere Hernalser Hauptstraße

Berichterstatter/in: Wolfgang Veleta

Die Bezirksrät:innen der SPÖ Hernalts stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Juni 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Da sich die Bedeutung der Inneren Hernalser Hauptstraße als Hauptstraße, beginnend vom Elterleinplatz bis hin zum Gürtel, nach Beginn des U5-Baues gravierend verändert, wird die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Ulli Sima ersucht, die MA 46 aufzufordern, eine neuerliche Überprüfung dieses Straßenzuges, mit dem Ziel eine 30er-Zone zu errichten, durchzuführen.

Begründung:

Im Jahr 2024 wurde durch eine Petition der deutliche Wunsch zahlreicher Bürgerinnen und Bürger nach einer Temporeduktion in der Inneren Hernalser Hauptstraße klar zum Ausdruck gebracht. Bedingt durch die U-Bahn Bauarbeiten am Elterleinplatz werden sich außerdem die Voraussetzungen für ein generelles Durchfahren der Hernalser Hauptstraße ändern. Es ist daher Zeit, im Sinne der Verkehrssicherheit und als Lärmschutz vor dem zu erwartenden Baustellenverkehr, das Einführen einer 30er-Zone im geforderten Bereich im Sinne der Anrainer:innen zu verordnen. Da die Durchschnittsgeschwindigkeit bereits jetzt nur bei 33 km/h liegt und durch diese Maßnahme auch eine Attraktivierung der Geschäftsstraße erzielt werden kann, wäre diese 30er-Zone, trotz störender Bauarbeiten, eine wesentliche Erhöhung der Lebensqualität in unserem Bezirk.

Für die Fraktion der SPÖ Hernals

Wolfgang Markytan

Klubvorsitzender

30er-Zone Jörgerstraße

Berichtersteller/in: Wolfgang Veleta

Die Bezirksrät:innen der SPÖ Hernald stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Juni 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Da sich die Bedeutung der Jörgerstraße, beginnend vom Gürtel bis hin zum Elterleinplatz, nach Beginn des U5-Baues gravierend verändert, wird die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Ulli Sima ersucht, die MA 46 aufzufordern, eine Überprüfung dieses Straßenzuges, mit dem Ziel eine 30er-Zone zu errichten, durchzuführen.

Begründung:

Durch die U-Bahn Bauarbeiten am Elterleinplatz werden sich die Voraussetzungen für das Durchfahren der Jörgerstraße ändern. Es ist daher Zeit, im Sinne der Verkehrssicherheit und als Lärmschutz vor dem zu erwartenden Baustellenverkehr, das Einführen einer 30er-Zone im geforderten Bereich im Sinne der Anrainer:innen zu verordnen. Diese 30er-Zone wäre, trotz störender Bauarbeiten, eine wesentliche Erhöhung der Lebensqualität in unserem Bezirk.

Für die Fraktion der SPÖ Hernald

Wolfgang Markytan

Klubvorsitzender

Beschilderung bei der Nebenfahrbahn Höhe Hernalser Hauptstraße ON 171

Berichtersteller:in: Cornelia Amon-Konrath

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 04.12.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der **MA 28 Straßenverwaltung und Straßenbau** und **MA 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten** werden ersucht, in der Ausfahrt der Nebenfahrbahn auf der Höhe Hernalser Hauptstraße ON 171 ein "Einfahrt verboten" Schild in der Weise anzubringen, dass verdeutlicht wird, dass ein Einfahren gegen die Verkehrsrichtung nicht gestattet ist oder gegebenenfalls mit anderen Maßnahmen zu verdeutlichen darauf hinzuweisen.

Begründung:

Geschäftstreibende beobachten immer wieder, dass KFZ an dieser Kreuzung entgegen der erlaubten Fahrtrichtung einbiegen, um über die Nebenfahrbahn zur Tankstelle (Turmöl) zu gelangen. Dieses gefährliche Verhalten wird offenbar durch die Hinweisschilder der Tankstelle begünstigt, welche sowohl auf der Höhe Hernalser Hauptstraße ON 172, bei dem die Hauptstraße begrenzenden Grünstreifen, als auch auf der Höhe Hernalser Hauptstraße Höhe ON 171, hier ebenfalls am Grünstreifen zwischen Hauptfahrbahn und Nebenfahrbahn, angebracht sind. Um diesen gefährlichen Verkehrssituationen zu begegnen ist - im Bewusstsein darüber, dass das übermäßige Aufstellen von Schildern vermieden werden sollte - an dieser Stelle dennoch eine eindeutige Kennzeichnung angebracht. Sollten gelindere, aber ebenso wirkungsvolle Maßnahmen aus Sicht der zuständigen Stellen möglich sein, dann wären diese anzudenken.

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

Erhalt des „Terramare-Schlössls“ samt Parkanlage

Berichterstatterin: BR Ulrike Kreuzberger

Die BezirksrätInnen der FPÖ Hernals stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Juni 2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernals spricht sich für den Erhalt des seit 2019 denkmalgeschützten, ortsbildprägenden Terramare-Schlössls und des zugehörigen Parks mit schützenswerten Bäumen in der Heuberggasse 10 aus und lehnt allfällige geplante Wohnprojekte auf diesem Areal ab.

Begründung:

Schon vor Jahren wurde von einem „Baustopp“ am Heuberg gesprochen, vor allem in Hinblick auf große Wohnbauprojekte, und darüber wurde auch in der Bezirkszeitung berichtet. Bereits im Jahr 2018 konnte zum Beispiel ein damals geplantes Wohnbauprojekt auf dem oben bezeichneten Areal erfolgreich verhindert werden. Diese historische Villa mit wertvollem Baumbestand, wie z.B. einer als Naturdenkmal eingestuften besonderen „Blutbuche“, soll auch zukünftig im Sinne des Denkmal- und Naturschutzes nicht einem spekulativen Wohnbauprojekt geopfert werden.





(„Terramare-Schlössl“, 9.6.2025)

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Für die Fraktion der FPÖ Hernals

Mag. Petra Janaczek

Klubvorsitzende

Evaluierung der VLSA Kreuzung Hernalser

Hauptstraße#Güpferlingstraße#Dornbacher Hauptstraße

Berichterstatter: BR Philipp Pichler

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. Februar 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Ulli Sima, wird ersucht, unter Einbeziehung der Magistratsabteilung 33 und unter Mitwirkung der Wiener Linien, eine Evaluierung der VLSA im Bereich der Kreuzung Hernalser Hauptstraße#Güpferlingstraße#Dornbacher Straße durchzuführen, mit der Überlegung, vor allem in den Zeiträumen zu Schulbeginn und Schulschluss längere Querungsphasen für die Fußgänger:innen zu ermöglichen oder eigene Phasen für die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer:innen einzurichten, mit dem Ziel, die Schulwegsicherheit in diesem Bereich zu erhöhen. Idealerweise erfolgt dies unter Einbeziehung der Bedürfnisse der Integrativen Schule Hernal's.

Begründung:

Die Integrative Schule Hernal's in der Hernalser Hauptstraße ON 220 bis 222 umfasst insgesamt drei Schultypen und bietet vielen Kindern eine wunderbare Lern- und Entwicklungsumgebung. Vor allem zu Schulbeginn und zu Schulschluss sind viele Kinder im Straßenverkehr unterwegs, beispielsweise weil sie den öffentlichen Hort in der Rosenackerstraße besuchen, zu welchem sie oft unbegleitet hingehen. Aus diesem Grund - und weil Hernal's durch die Annahme des Masterplans Gehen eine bessere Fairteilung des öffentlichen Raums unter den Verkehrsteilnehmer:innen anstrebt - sollte besonders gut auf die Bedürfnisse der Jüngsten

geachtet werden. Diese sind täglich mit sehr kurzen Grünphasen konfrontiert, wenn sie sich auf den Weg zum Hort machen und dies stellt eine vermeidbare Gefahrenquelle dar.

Ebenfalls in unmittelbarer Nähe befindet sich auf der Alszeile eine Einrichtung der "Häuser zum Leben". Auch den älteren und evtl. nicht mehr so mobilen Hernalser:innen sollte ein sicheres und stressfreies Überqueren der Kreuzung ermöglicht werden.

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

Mutig & Laut: für Solidarität, Schutz und Menschenrechte

Die Fraktionen der Bezirksparteien in Wien-Hernals Grüne und KPÖ-Links stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Hernalser Bezirksvertretung spricht sich anlässlich des Pride Months für eine solidarische und inklusive Gesellschaft aus. Sie vertritt klar ihre Werte für eine offene Gesellschaft, in der kein Mensch aufgrund seiner bloßen Existenz Angst haben muss, sondern frei, sicher, selbstbestimmt und gleichberechtigt leben kann. Angesichts der Gewalt gegen queere Personen, die in diesem Jahr besonders sichtbar wurde, ist es aktueller denn je, sich solidarisch an die Seite der LGBTIQIA+-Community zu stellen und für allumfassende Menschenrechte ohne Wenn und Aber einzustehen.

Begründung:

Weltweit ist die queere Community wieder verstärkt betroffen von Hasskriminalität, Diskriminierung und Unterdrückung: US-Präsident Donald Trump greift die queere Community an und schafft u.a. sämtliche Förderprogramme für Diversität ab. In Ungarn verbietet Viktor Orbán landesweit die Pride. In Großbritannien werden die Rechte von transgender, non-binären und intersexuellen Personen massiv beschnitten. Als im März 2025 bekannt wurde, dass in Österreich ein rechtes Netzwerk homosexuelle Personen gezielt attackiert hat, wurde mit erschreckender Deutlichkeit sichtbar, dass queere Menschen auch hierzulande Angst haben müssen, alleine weil sie existieren.

Pride ist Protest: Die Pride ist nicht nur ein Event, sondern Ausdruck des Protests anlässlich des Christopher Street Days (CSD). Der CSD ist eine internationale friedliche Demonstrationsbewegung und die Antwort auf Hass und Ausgrenzung. Sie geht zurück auf die gewalttätigen Razzien gegen die queere Community in den USA 1969 (Stonewall-Proteste). Seit 1996 das „Werbeverbot“ für Homosexualität endlich gefallen ist, geht auch die LGBTIQIA+-Bewegung in Wien (u.a. Städten Österreichs) auf die Straße.

Doch Symbolik allein reicht nicht, wenn es keinen Schutz und Gleichberechtigung für queere Menschen in allen Lebenssituationen gibt. Wenn wir Menschenrechte wahren wollen, ist es unerlässlich, dass wir alle – auch als nicht Betroffene – zusammen- und füreinander sichtbar eintreten und entsprechend handeln.

Logo

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen und für den selben Zeitraum auf der Website des Bezirks Hernals veröffentlicht werden.

Hernals für Gleichstellung

Die Fraktionen der Bezirksparteien SPÖ und GRÜNE stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. Februar 2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernals befürwortet effektive Maßnahmen, um endlich eine tatsächliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zu erreichen.

Begründung:

Laut Statistik Austria hat jede dritte Frau zwischen 18 und 74 Jahren mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt. Gewalt gegen Frauen manifestiert sich in vielfältigen Formen, beginnend bei verbalen Beleidigungen und Abwertungen, über psychische und ökonomische Kontrolle, bis hin zu körperlicher Gewalt und Mord. Statistiken zeigen, dass Frauen am häufigsten innerhalb der Familie oder durch Personen aus ihrem sozialen Nahfeld Gewalt erfahren. Die Bewältigung und der Ausstieg aus gewaltbelasteten Beziehungen erfordert oft immense Kraft und scheitert nicht selten an Faktoren wie Einschüchterung, familiären Zwängen oder finanziellen Abhängigkeiten. Daher ist es zentral, niederschwellige Unterstützungsangebote bereitzustellen, darunter Frauenberatungsstellen, Schutzunterkünfte und speziell geschulte Einsatzkräfte bei Polizei und Behörden.

Nicht jeder Frauenmord ist mit Gewaltschutzmaßnahmen zu verhindern und doch braucht es hier noch weitere Bemühungen. Gewalt gegen Frauen ist ein

strukturelles und gesamtgesellschaftliches Problem und muss auch so bekämpft werden!

Dass abseits der Betroffenheit von Gewalt die Gleichstellung von Männern und Frauen noch immer nicht überall Realität ist, zeigen Statistiken und Studien regelmäßig auf. Im Jahr 2022 verdienten Frauen in Österreich durchschnittlich 18,4% weniger pro Stunde als Männer, was deutlich über dem EU-Durchschnitt von 12,7% liegt. Diese Einkommensdifferenz trägt dazu bei, dass Frauen auch im Alter finanziell schlechter gestellt sind: ihre Pensionen sind durchschnittlich um 41,1% niedriger als die der Männer.

Ein weiterer Aspekt der Ungleichheit zeigt sich in der Teilzeitbeschäftigung: Im Jahr 2023 arbeiteten 50,6% der Frauen in Österreich in Teilzeit, während dieser Anteil bei Männern nur 13,4% betrug. Diese ungleiche Verteilung kann langfristig negative Auswirkungen auf die Karriereplanung und die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen haben.

Eines steht jedenfalls fest: Es bleibt noch viel zu tun!

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Gedenken an Srebrenica – Solidarität mit den Überlebenden und ihren Nachkommen

Berichterstatterin: Natalie Raidl

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Anlässlich des 30. Jahrestags des Völkermords in Srebrenica am 11. Juli 2025 gedenkt die Bezirksvertretung Hernals der mehr als 8.000 bosniakischen Männer und Buben, die im Juli 1995 von Truppen der bosnisch-serbischen Armee systematisch ermordet wurden. Dieses Gedenken ist zugleich Ausdruck unserer tiefen Solidarität mit all jenen, die infolge des Krieges aus Bosnien und Herzegowina vertrieben wurden und in Österreich und Hernals eine neue Heimat gefunden haben. Besonders denken wir an die Überlebenden und Nachfahren der Opfer, deren Leben bis heute vom Schmerz und der Erinnerung an das Geschehene geprägt ist.

Begründung:

Der 30. Jahrestag des Völkermordes in Srebrenica soll als eindringliche Mahnung verstanden werden, wie gefährlich extreme Formen des Nationalismus, der Intoleranz und der gesellschaftlichen Ausgrenzung sind. Im Fall von Srebrenica richteten bosnisch-serbische Soldaten unter dem Kommando von General Ratko Mladić über 8.000 muslimische Männer

und Buben hin, die in einer Schutzzone der UNO-Zuflucht gesucht hatten. 30.000 Frauen, Kinder und alte Menschen wurde vertrieben. Es wurde später festgestellt, dass die Vereinten Nationen eine Mitverantwortung an dem Völkermord tragen, da sie an der Sicherung der Schutzzone gescheitert sind. Der Krieg in Jugoslawien und das Massaker von Srebrenica haben tiefe Traumata hinterlassen, welche die Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen aus Bosnien und Herzegowina bis heute prägen.

Auch 30 Jahre später ist das Gedenken an die Opfer von Srebrenica von großer Bedeutung – nicht nur für die Angehörigen der Ermordeten, sondern für unsere Demokratien, die der Wahrung von Menschenrechten, dem Schutz von Minderheiten und der Bekämpfung von Nationalismus, Hass und Gewalt verpflichtet ist. Als Menschenrechtsbezirk ist in Hernals das gute und respektvolle Miteinander von höchster Bedeutung. Die Bezirksvertretung gedenkt daher diesem dunklen Kapitel der europäischen Geschichte und trägt zur Schärfung des Bewusstseins bei, dass sich solche fürchterlichen Verbrechen nie wieder wiederholen dürfen.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Kein Platz für Hass & Diskriminierung gegen die LGBTIQ-Community in Hernalstube

Berichtersteller/in: Julia Healy

Die Bezirksrät:innen der SPÖ Hernalstube stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18. Juni 2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernalstube spricht sich gegen jegliche Form von Diskriminierung, insbesondere aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität, des Geschlechtsausdrucks und der Geschlechtsmerkmale, aus. Hass und Gewalt haben in Hernalstube keinen Platz! Die Bezirksvertretung Hernalstube steht daher solidarisch Seite an Seite mit der LGBTIQ-Community.

Begründung:

Noch immer ist es in Österreich erlaubt, dass Menschen aus einem Lokal oder Taxi geworfen werden oder eine Wohnung nicht bekommen – nur weil sie lesbisch, schwul, bisexuell, transident oder intergeschlechtlich sind. Der Diskriminierungsschutz im Privatleben ist unvollständig. Während am Arbeitsplatz bereits ein Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung besteht, fehlt dieser beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen – also z. B. bei der Wohnungssuche, in Restaurants oder bei Freizeitangeboten. Das muss sich endlich ändern! Jede vierte trans Person in Österreich hat bereits wegen ihrer Geschlechtsidentität den Job verloren – 41% haben aufgrund belastender

Situationen selbst gekündigt. 60 % der LSBTI-Personen erleben Gerüchte, obszöne Witze oder Ausgrenzung am Arbeitsplatz. Und außerhalb des Berufslebens sieht es nicht besser aus: Laut der aktuellen WAST-Studie (2023) berichten 29 % der queeren Wiener:innen von Gewalterfahrungen, 15 % von Angriffen oder Bedrohungen, und jede dritte Person war im letzten Jahr Hasskommentaren ausgesetzt. Auch europaweit zeigen die neuesten Daten der EU-Grundrechteagentur (FRA) aus dem Jahr 2024 alarmierende Entwicklungen:

- 22 % der LGBTIQ-Personen in Österreich wurden im letzten Jahr diskriminiert,
- 21 % in Lokalen oder Restaurants, 10 % in Geschäften – alles rechtlich erlaubt, solange der Schutz im Gleichbehandlungsgesetz fehlt.

In einem Drittel aller Mitgliedstaaten hat sich die gesellschaftliche Lage für queere Menschen zuletzt verschlechtert. Auch in Österreich steigt die Zahl der gemeldeten Hassdelikte gegen LGBTIQ-Personen, darunter Brandanschläge auf Regenbogenfahnen, körperliche Übergriffe oder gezielte Online-Hetze. Trotz dieser bedrohlichen Realität fehlt bis heute ein umfassender rechtlicher Schutz für LGBTIQ-Personen im Privatleben. Seit über zehn Jahren fordern Menschenrechtsorganisationen, die Gleichbehandlungsanwaltschaft, der Verfassungsgerichtshof und sogar die Sozialpartner*innen den vollen Diskriminierungsschutz auch außerhalb der Arbeitswelt.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Für die Fraktion der SPÖ Hernals, Wolfgang Markytan, Klubvorsitzender